

Stadthaus Konrad-Adenauer-Platz

Auskunft erteilt:

Herr Bernd Golimowski, Zimmer 426

Telefon: 02202/142456

Telefax: 02202/142831

Frau

Bürgermeisterin

Maria Theresia Opladen

Eingang: 26.2.
G.

21. Februar 2002

Stellenplanentwurf 2002

hier: Anhörung gemäß § 75 Ziffer 1 LPVG NW

- Vorlage vom 15.02.2002 - Fachbereich 1 - 100 -

Sehr geehrte Frau Opladen,

in seiner Sitzung vom 19.02.2002 hat sich der Personalrat mit der o.g. Angelegenheit befasst und gibt folgende Stellungnahme ab:

Die Personalvertretung unterstützt den Vorschlag der Verwaltung betreffend der Stellenanhebungen für

a) Arbeiter

b) Angestellte

c) Beamte / Beamtinnen

d) Beamte Feuerwehr

entsprechend dem Inhalt der Vorlage vom 15.02.2002.

Bei den *Stellenänderungen einschließlich Einsparungen* nimmt der Personalrat den Vorschlag der Verwaltung entsprechend dem Inhalt der o.g. Vorlage zur Kenntnis.

Anmerkungen:

Bei den beabsichtigten Stellenanhebungen sollen lediglich die seit Jahren erbrachten Leistungen honoriert werden.

Der Personalrat bedauert es, dass im Bereich der Beamten aufgrund der Stellenobergrenzenverordnung kaum Stellenanhebungen möglich sind. Besonders hart trifft es den mittleren Dienst. Hier kann von 12 Stelleninhaberinnen und Stelleninhabern der Besoldungsgruppe A 8 BBesG, die seit mehreren Jahren höherwertige Tätigkeiten ausüben, lediglich eine einzige Stelle angehoben werden.

An dieser Stelle weist der Personalrat zum wiederholten Male darauf hin, dass die Anwendung der Größenklasse 3 (über 100.000 Einwohner/innen) angemessen wäre und eine leistungsgerechtere Bezahlung ermöglichen würde.

Kritisiert wird auch die Tatsache, dass bei verschiedenen Stellen seit Jahren eine höhere Tendenzbewertung (Richtwert) ausgewiesen ist, aber eine endgültige Festlegung der Bewertung nicht erfolgt. Die bewerteten Arbeitsinhalte können seit Jahren nicht entsprechend der Beschreibung umgesetzt werden, da immer wieder weitere offene Entscheidungen abgewartet werden sollen.

Die derzeitige finanzielle Situation der Stadt ist gewiss nicht hausgemacht, sondern wird von vielen Kommunen in NRW geteilt. Es zeigt sich einmal mehr, dass der 1992 eingeschlagene Weg der Aufgabenkritik und Reorganisation sich im Gesamtergebnis nicht bewährt hat, und wir heute die Folgen besonders zu spüren bekommen. Als umstrittene Entwicklungen seien beispielhaft genannt: die zweigleisige Bürokommunikation, die innere Verrechnung, die Ausweitung der dezentralen Ressourcenverantwortung (8 zentrale Dienste), die dezentralen Buchhaltungen, zahlreiche Eigenbetriebe. Aus diesen Erfahrungen sollte man lernen und sie beim Projekt "Produktkritik" berücksichtigen.

Die Personalvertretung warnt im Zusammenhang mit dem Projekt "Produktkritik" vor voreiligen Entscheidungen. Die Vorschläge zur Sanierung des Haushalts, insbesondere den gewerblichen Bereich zu privatisieren, tragen wir nicht mit. Zumal im Rahmen der Umsetzung dieser Einsparungsvorschläge betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen werden müssten. Des weiteren verweisen wir auf die vor Jahren ohne vorherige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erfolgte politische Entscheidung, sich von den städtischen Reinigerinnen Zug um Zug zu trennen. Die negativen Auswirkungen, vor allem der Zustand einiger Schulen, sind bekannt.

Im Vorspann zur Beschlussvorlage für die Sitzung des Hauptausschusses am 12.03.2002 ist unter 2. Stellenplansituation zum 31.12.2001 (gegenüber 1993) die Rede von bisher eingesparten 135,5 Planstellen. Planstellen bedeutet nicht gleich Beschäftigtenzahl, die natürlich wesentlich höher war.

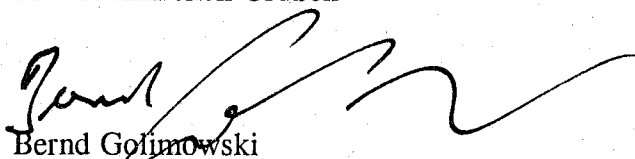
Parallel zu den o.g. Stelleneinsparungen wurden die Aufgaben innerhalb der Verwaltung jedoch nicht reduziert (Ausnahme Bäderbereich), sondern es kamen im Gegenteil noch neue Produkte bzw. erweiterte Standards hinzu.

Wird der gesamte Verwaltungsbereich durch weitere Einsparungsvorschläge erneut geschwächt, wird sich zwangsläufig der Service für die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Bergisch Gladbach dramatisch verschlechtern.

Dass bereits heute Standards zurückgefahren werden müssen, weil das Personal nicht mehr in ausreichender Anzahl vorhanden ist, ist ein offenes Geheimnis.

Darüber hinaus hat die Stadtverwaltung Bergisch Gladbach, als einer der größten Arbeitgeber in der Stadt, auch eine soziale Verpflichtung zur weiteren Sicherung von Arbeitsplätzen beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen



Bernd Gofimowski
Vorsitzender